

Baukammer Berlin

**Satzung der Baukammer Berlin**

Vom 25. Oktober 2006

Telefon: 797443-0

Aufgrund § 44 Abs. 1 Nr. 1 des Berliner Architekten- und Baukammergesetzes (ABKG) vom 6. Juli 2006 (GVBl. S. 720) erlässt die Vertreterversammlung durch Beschlussfassung vom 25. Oktober 2006 folgende Satzung

**G L I E D E R U N G**

- § 1 – Name, Rechtsstellung, Sitz
- § 2 – Aufgaben der Kammer
- § 3 – Mitgliedschaft
- § 4 – Freiwillige Mitglieder
- § 5 – Rechte und Pflichten der Mitglieder
- § 6 – Gliederung der Kammer
- § 7 – Vertreterversammlung
- § 8 – Ausschüsse der Vertreterversammlung
- § 9 – Vorstand
- § 10 – Präsident
- § 11 – Eintragungsausschuss
- § 12 – Schlichtungsausschuss

- § 13 – Sachverständigenausschuss
- § 14 – Wettbewerbsausschuss
- § 15 – Fachgruppen
- § 16 – Haushalt
- § 17 – Rechnungsprüfung
- § 18 – Beiträge, Entschädigungen, Gebühren
- § 19 – Bekanntmachungen
- § 20 – Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

**§ 1 – Name, Rechtsstellung, Sitz**

(1) Die Kammer führt die Bezeichnung „Baukammer Berlin“. Sie nimmt die beruflichen Selbstverwaltungsaufgaben der im Bauwesen tätigen Ingenieure wahr.

(2) Die Kammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie führt ein Dienstsiegel mit kleinem Landeswappen und der Inschrift „Baukammer Berlin“ im unteren Halbkreis.

(3) Sitz und Gerichtstand der Kammer ist Berlin.

**§ 2 – Aufgaben der Kammer**

Die Kammer nimmt die ihr durch § 40 ABKG übertragenen Aufgaben wahr.

**§ 3 – Mitgliedschaft**

(1) Die im Bauwesen tätigen Beratenden Ingenieure, die in die Ingenieurliste eingetragen sind, sind Pflichtmitglieder der Kammer. Sie können nicht der Mitgliedergruppe nach Absatz 2 angehören.

**(2) Weitere Pflichtmitglieder der Kammer sind**

1. die Ingenieure, die in die Liste der Bauvorlageberechtigten in Berlin eingetragen sind,
2. die im Bauwesen tätigen Ingenieure, die Aufgaben gemäß § 30 ABKG wahrnehmen, ihren Beruf eigenverantwortlich (§ 31 Abs. 3 und 4 ABKG) ausüben und Leistungen für Vorhaben im Land Berlin erbringen,
3. die im Bauwesen tätigen Ingenieure, die ihren Beruf als gesetzliche Vertreter einer Ingenieurgesellschaft oder eines Vereins ausüben, die auch Aufgaben gemäß § 30 ABKG wahrnehmen und Leistungen für Vorhaben im Land Berlin erbringen,
4. die im Land Berlin öffentlich bestellten Vermessungsingenieure,
5. die öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für den Tätigkeitsbereich der im Bauwesen tätigen Ingenieure,
6. die anerkannten Sachverständigen nach Bauordnungsrecht,
7. diejenigen, die eine Berufsausbildung für die in § 30 ABKG genannten Aufgaben ihrer Fachrichtung an einer Universität, Hochschule oder Fachhochschule mit Erfolg abgeschlossen haben, die eine Mindestregelstudienzeit von drei Jahren oder sechs Semestern umfasst, die Aufgaben gemäß § 30 ABKG wahrnehmen, ihren Beruf eigenverantwortlich (§ 31 Abs. 3 und 4 ABKG) ausüben und Leistungen für Vorhaben im Land Berlin erbringen. § 35 Abs. 4 ABKG ist entsprechend anzuwenden.

(3) Als freiwillige Mitglieder sind auf Antrag nach Maßgabe des § 4 sonstige im Bauwesen tätige Ingenieure und die nicht im Bauwesen tätigen Beratenden Ingenieure in die Kammer aufzunehmen.

(4) Die Pflichtmitgliedschaft ist unabhängig vom Zeitpunkt der Anmeldung.

(5) Die Beendigung der Pflichtmitgliedschaft regeln § 37 und § 41 Abs. 4 ABKG.

**§ 4 – Freiwillige Mitglieder**

(1) Für die Aufnahme als freiwillige Mitglieder haben sonstige im Bauwesen tätige Ingenieure nachzuweisen, dass

1. sie das Recht haben, aufgrund des Ingenieurgesetzes die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ zu führen,
2. sie Berufsaufgaben nach § 30 Abs. 1 ABKG wahrnehmen,
3. der Mitgliedschaft keine Versagungsgründe im Sinne des § 36 ABKG entgegenstehen,
4. sie ihren Wohnsitz im Land Berlin haben oder ihre Berufstätigkeit im Land Berlin ausüben.

(2) Über die Aufnahme der sonstigen im Bauwesen tätigen Ingenieure entscheidet der Vorstand auf Vorschlag des Aufnahmeausschusses. Die Aufnahme der nicht im Bauwesen tätigen Beratenden Ingenieure erfolgt durch den Eintragungsausschuss.

(3) Die freiwillige Mitgliedschaft endet, wenn

1. das Mitglied verstorben ist,
2. das Mitglied schriftlich auf die Mitgliedschaft verzichtet,
3. sich herausstellt, dass die Voraussetzungen für die Aufnahme als freiwilliges Mitglied nicht mehr gegeben sind oder nicht gegeben waren,
4. in einem berufsgerichtlichen Verfahren rechtskräftig auf den Ausschluss aus der Kammer erkannt wird.

**§ 5 – Rechte und Pflichten der Mitglieder**

(1) Die Kammer gewährt ihren Mitgliedern Schutz bei der Berufsausübung. Das gilt besonders, wenn einem Mitglied durch die Einhaltung der Berufsordnung Nachteile entstehen.

(2) Die Mitglieder sind berechtigt, ihre Berufsbezeichnung nach Maßgabe des ABKG zu führen. Die Kammer gewährleistet ihren Mitgliedern Schutz vor dem Missbrauch der Berufsbezeichnung.

(3) Die Mitglieder sind nach Maßgabe der Wahlordnung wahlberechtigt. Sie sind wählbar, soweit sie mindestens ein Jahr Kammermitglieder sind und die Wählbarkeit nicht gemäß § 57 ABKG entzogen ist.

(4) Die Mitglieder haben das Recht, zur Wahrung ihrer beruflichen Belange die Einrichtungen und Organe der Kammer zu grundsätzlichen Fragen in Anspruch zu nehmen.

(5) Die Mitglieder der Kammer sind berechtigt, einen Stempel zu führen, der sie als Kammermitglieder ausweist. Einzelheiten regelt der Vorstand.

(6) Die Mitglieder gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 ABKG sind verpflichtet, sich bei der Kammer anzumelden. Mitglieder, die vorsätzlich oder fahrlässig ihrer Meldepflicht nicht nachkommen, handeln berufswidrig.

(7) Alle Mitglieder sind verpflichtet, der Kammer nach Aufforderung die in § 55 Abs. 4 ABKG genannten Daten bekanntzugeben. Veränderungen sind der Kammer unverzüglich mitzuteilen.

(8) Die Mitglieder sind verpflichtet, Mitgliedsbeiträge nach Maßgabe der Beitragsordnung zu entrichten.

(9) Alle Mitglieder sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Aufgaben in der Kammer wahrnehmen. Mitglieder, die in ein Organ oder einen Ausschuss der Kammer gewählt oder berufen werden, sind zu aktiver Mitarbeit verpflichtet.

(10) Die Mitglieder sind verpflichtet, bei ihrer Berufsausübung die Berufsordnung nach § 53 ABKG einzuhalten. Besteht der begründete Verdacht, dass ein Mitglied gegen die Berufsordnung verstößt, so hat die Kammer den Sachverhalt aufzuklären.

(11) Der Vorstand kann das Verhalten eines Mitgliedes der Kammer, das ihm obliegende Berufspflichten verletzt hat, rügen, wenn die Schuld gering ist und ein Antrag auf Einleitung eines Berufsgerichtsverfahrens nicht erforderlich scheint.

(12) Bei schweren oder wiederholten Verstößen gegen die Berufsordnung oder sonstigem berufsunwürdigem Verhalten haben sich die Mitglieder der Kammer in einem berufsgerichtlichen Verfahren nach §§ 56 bis 61 ABKG vor dem Berufs- bzw. Landesberufsgericht (§ 58 ABKG) zu verantworten.

**§ 6 – Gliederung der Kammer**

(1) Organe der Kammer sind

1. die Vertreterversammlung
2. der Vorstand
3. der Eintragungsausschuss

Außerdem dienen zur Erfüllung der Aufgaben der Kammer nach § 42 Abs. 4 ABKG der Sachverständigenausschuss und der Wettbewerbsausschuss.

(2) Die Kammerversammlung ist die Zusammenkunft der Mitglieder der Kammer. Mindestens einmal jährlich soll durch den Vorstand eine Kammerversammlung einberufen werden.

(3) Ausschüsse werden mit Ausnahme des Eintragungs- und des Schlichtungsausschusses durch die Vertreterversammlung gewählt. Kommissionen beruft der Vorstand. Die Fachrichtungen werden zu Fachgruppen zusammengefasst, die Arbeitsgruppen bilden können.

(4) Die Kammer unterhält eine Geschäftsstelle. Die Organisation der Geschäftsstelle erfolgt durch den Vorstand. Die Geschäftsstelle unterliegt den Weisungen des Vorstandes.

#### § 7 – Vertreterversammlung

(1) Die Mitglieder der Vertreterversammlung werden von den Kammermitgliedern in allgemeiner, geheimer und direkter Wahl nach Maßgabe der Wahlordnung für die Dauer von drei Jahren gewählt.

(2) Die Kammermitglieder wählen 41 Vertreter. Mindestens 21 Vertreter müssen Beratende Ingenieure sein. Die Fachgruppen müssen durch mindestens zwei Mitglieder vertreten sein, von denen eines Beratender Ingenieur sein soll. Näheres regelt die Wahlordnung.

(3) Die Amtszeit der Vertreter beginnt mit der ersten Sitzung der Vertreterversammlung. Zum gleichen Zeitpunkt scheidet die bis dahin amtierenden Mitglieder der Vertreterversammlung aus.

- (4) Mitglieder der Vertreterversammlung scheidet vorzeitig aus,
1. durch schriftliche Verzichtserklärung,
  2. bei Ausscheiden aus der Kammer gemäß § 44 Abs. 4 ABKG,
  3. bei Entscheidungen nach § 57 ABKG,
  4. bei Wechsel des Mitgliederstatus nach § 41 Abs. 1 und 2 ABKG, wenn dadurch die Zusammensetzung nach Absatz 2 nicht mehr gewahrt ist.

Scheidet ein Mitglied der Vertreterversammlung vorzeitig aus, ist im Nachrückverfahren die Zusammensetzung nach Absatz 2 wiederherzustellen.

(5) Die Aufgaben der Vertreterversammlung werden durch § 44 ABKG geregelt. Zur Wahrnehmung der Aufgaben können von der Vertreterversammlung Ausschüsse gebildet werden.

(6) Die Vertreterversammlung ist mindestens zweimal jährlich einzuberufen. Darüber hinaus ist die Vertreterversammlung einzuberufen, wenn hierzu ein Antrag von mindestens 11 Vertretern vorliegt.

(7) Die Vertreterversammlung arbeitet auf der Grundlage des § 44 Abs. 2 bis 5 ABKG und ihrer Geschäftsordnung.

(8) Minderheitenvoten sind auf Antrag wörtlich dem Protokoll anzufügen.

#### § 8 – Ausschüsse der Vertreterversammlung

(1) Die Ausschüsse bearbeiten die ihnen von der Vertreterversammlung übertragenen Aufgaben.

(2) Entsprechend der Aufgabenstellung erarbeiten die Ausschüsse Beschlussvorlagen. Ausschüsse können Anträge in die Vertreterversammlung einbringen.

(3) Die Wahl der Ausschussmitglieder erfolgt durch die Vertreterversammlung mit einfacher Mehrheit. In die Ausschüsse können nur Kammermitglieder gewählt werden.

(4) Jeder Ausschuss soll mindestens fünf Mitglieder haben, davon müssen mindestens zwei Mitglieder der Vertreterversammlung angehören. Die Fachgruppen sind angemessen zu beteiligen.

(5) Für die Amtszeit der Ausschüsse gilt § 7 Abs. 3 entsprechend. Die Amtszeit endet ferner, wenn die Vertreterversammlung die Aufgaben des Ausschusses für erledigt erklärt. Ausschussmitglieder können auf Antrag aus der Vertreterversammlung abgewählt werden. Scheidet ein Ausschussmitglied vorzeitig aus, findet eine Nachwahl statt.

(6) Die Ausschüsse wählen aus Ihren Reihen einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter sollen Mitglieder der Vertreterversammlung sein. Der Vorsit-

zende kann nicht Mitglied des Vorstandes oder Vorsitzender eines anderen Ausschusses sein.

(7) Der Vorsitzende leitet die Sitzungen des Ausschusses und berichtet der Vertreterversammlung.

(8) Die Ausschüsse sind arbeitsfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, unter ihnen der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Die Sitzungen der Ausschüsse sind für Kammermitglieder öffentlich.

(9) Für folgende Aufgabengebiete sollen ständige Ausschüsse gebildet werden:

1. Regelwerke der Kammer
2. Aufnahme freiwilliger Mitglieder
3. Haushalt und Finanzen
4. Honorare, Gebühren und Vertragsregelungen
5. Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen
6. Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung
7. Aus- und Weiterbildung im Ingenieurwesen
8. Versorgungswerk

#### § 9 – Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten als Stellvertreter des Präsidenten und vier oder sechs weiteren Mitgliedern. Die Anzahl der Vorstandsmitglieder ist jeweils vor der Wahl des Vorstandes für die gesamte Amtszeit von der Vertreterversammlung zu bestimmen.

(2) Die Mitglieder des Vorstandes müssen mindestens zur Hälfte Beratende Ingenieure sein. Der Präsident und ein Vizepräsident müssen Beratende Ingenieure sein. Ein Vizepräsident und die anderen Mitglieder des Vorstandes sind aus dem Kreis der Mitgliedergruppe nach § 3 Abs. 2 und 3 zu wählen. Die Zusammensetzung des Vorstandes soll dem Verhältnis der Mitgliedergruppen entsprechen. Im Vorstand sollen die Fachgruppen angemessen vertreten sein.

(3) Der Vorstand wird von der Vertreterversammlung nach Maßgabe der Wahlordnung auf ihrer ersten Sitzung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich; als Präsident ist eine zweimalige Wiederwahl möglich.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Vorstandes beginnt nach der Annahme der Wahl am 1. des auf die Wahl folgenden Monats. Zum gleichen Zeitpunkt scheidet die Mitglieder des amtierenden Vorstandes aus.

(5) Die Abberufung von Mitgliedern des Vorstandes bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Vertreterversammlung. Mitglieder des Vorstandes scheidet aus dem Vorstand vorzeitig aus, wenn Gründe entsprechend § 7 Abs. 4 Satz 1 vorliegen. Sie scheidet ferner bei Änderung ihres Mitgliedsstatus aus.

(6) Innerhalb von drei Monaten nach Abberufung oder vorzeitigem Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstandes ist durch die Vertreterversammlung eine Nachwahl unter Berücksichtigung des Absatzes 2 durchzuführen.

(7) Der Vorstand führt die Geschäfte der Kammer nach einer von ihm beschlossenen Geschäftsordnung. Diese bedarf der Zustimmung der Vertreterversammlung. Zu seiner Unterstützung kann der Vorstand Kommissionen berufen.

(8) Der Vorstand ist an die Beschlüsse der Vertreterversammlung gebunden. Er ist der Vertreterversammlung und ihren Ausschüssen auskunftspflichtig. Erklärungen, durch die die Kammer verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform.

(9) Aufgabe des Vorstandes ist es,

1. für die Erfüllung der Aufgaben der Kammer gemäß § 40 ABKG zu sorgen,

2. die Beschlüsse der Vertreterversammlung durchzuführen,
3. Schwerpunkte in der Zielsetzung der Kammerarbeit festzulegen,
4. die Einhaltung der Berufspflichten zu überwachen (§ 40 Abs. 1 Nr. 2 ABKG) und gegebenenfalls von seinem Rüge-recht Gebrauch zu machen (§ 46 ABKG) oder Berufsgerech-tsverfahren und Schlichtungsverfahren zu beantragen,
5. die Besetzung des Eintragungsausschusses und des Berufs- und Landesberufsgerechtes der Vertreterversammlung vorzuschlagen, die Mitglieder des Schlichtungsausschusses zu bestellen und die Schlichtungsordnung zu entwerfen,
6. den Haushaltsplan aufzustellen,
7. das Vermögen der Kammer zu verwalten und über den Haushalt jährlich der Vertreterversammlung Rechenschaft abzulegen,
8. über alle Angelegenheiten zu beschließen, für die keine andere Einrichtung der Kammer zuständig ist.

#### § 10 – Präsident

- (1) Der Präsident ist der Vorsitzende des Vorstandes. Er vertritt die Kammer gerichtlich und außergerichtlich. Im Falle einer Verhinderung wird er durch einen Vizepräsidenten vertreten (§ 45 Abs. 3 ABKG).
- (2) Der Präsident beruft die Sitzungen des Vorstandes und der Vertreterversammlung ein und leitet diese im Rahmen der jeweiligen Geschäftsordnung.
- (3) Aufgabe des Präsidenten ist insbesondere
  1. richtungsweisend auf die Erfüllung der Aufgaben der Kammer hinzuwirken und deren weitere Entwicklung zu betreiben,
  2. die Ausführung der Beschlüsse der Vertreterversammlung und des Vorstandes verantwortlich zu überwachen,
  3. dringende, unaufschiebbare Angelegenheiten der Kammer, über die der Vorstand nicht rechtzeitig beschließen kann, selbständig zu erledigen und hierüber dem Vorstand zu berichten.

#### § 11 – Eintragungsausschuss

- (1) Der Eintragungsausschuss entscheidet über die Eintragung der Beratenden Ingenieure in die Ingenieurliste. Seine Mitglieder sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.
- (2) Die Mitglieder des Eintragungsausschusses werden auf Vorschlag der Vertreterversammlung für die Dauer von vier Jahren von der Aufsichtsbehörde bestellt.
- (3) Die Grundsätze für die Tätigkeit des Eintragungsausschusses regelt § 48 ABKG.

#### § 12 – Schlichtungsausschuss

- (1) Der Schlichtungsausschuss hat die Aufgabe, Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen Kammermitgliedern oder zwischen diesen und Dritten ergeben, gütlich beizulegen (§ 49 ABKG).
- (2) Einzelheiten der Tätigkeit des Schlichtungsausschusses regelt die Schlichtungsordnung, die von der Vertreterversammlung beschlossen wird.

#### § 13 – Sachverständigenausschuss

- (1) Der Sachverständigenausschuss führt die Verfahren zur öffentlichen Bestellung von Sachverständigen für die Tätigkeitsbereiche der im Bauwesen tätigen Ingenieure durch. Seine Mitglieder sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.
- (2) Der Sachverständigenausschuss besteht aus mindestens sieben Mitgliedern. Die einzelnen Mitglieder werden auf Vorschlag der Vertreterversammlung für die Dauer von vier Jahren

vom Vorstand bestellt. Der Vorsitzende muss und sein Stellvertreter sollte öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger sein.

(3) Die Tätigkeit des Sachverständigenausschusses wird durch eine von der Vertreterversammlung zu beschließende Verfahrensordnung geregelt.

#### § 14 – Wettbewerbsausschuss

- (1) Der Wettbewerbsausschuss wirkt für die Kammer beim Wettbewerbswesen und der Regelung und Durchführung von Wettbewerben mit. Soweit seine Mitglieder an der Regelung und Durchführung eines Wettbewerbs mitwirken, sind sie unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.
- (2) Der Wettbewerbsausschuss besteht aus mindestens sieben Mitgliedern. Die einzelnen Mitglieder werden von der Vertreterversammlung für die Dauer von vier Jahren gewählt.
- (3) Die Tätigkeit des Wettbewerbsausschusses wird durch eine von der Vertreterversammlung zu beschließende Verfahrensordnung geregelt.

#### § 15 – Fachgruppen

- (1) Die Fachrichtungen gemäß § 30 Abs. 2 ABKG werden zu folgenden Fachgruppen zusammengefasst:
  1. Konstruktiver Ingenieurbau
  2. Vermessungswesen
  3. Verkehrs-, Wasserwirtschaftswesen sowie Ver- und Entsorgungstechnik
  4. Technische Gebäudeausrüstung
  5. Bauphysik
  6. Sicherheits- und Umwelttechnik, Projektsteuerung sowie andere Fachrichtungen
- (2) Die Fachgruppen nehmen die fachbezogenen Aufgaben der Kammer wahr.
- (3) Jedes Mitglied der Kammer gibt seine Zugehörigkeit zu einer oder mehreren Fachgruppen an. Die Zugehörigkeit richtet sich nach der Berufsausbildung, Berufsbezeichnung und beruflichen Tätigkeit.
- (4) Die Fachgruppen wählen für ihre Vertretung einen Sprecher und seinen Stellvertreter. Für ihre Amtszeit gilt § 7 Abs. 3 entsprechend.
- (5) Fachgruppensprecher sind zur Vertreterversammlung einzuladen und haben dort Rederecht. Die Fachgruppen können Anträge in die Vertreterversammlung einbringen.
- (6) Zur Durchführung der fachlichen Arbeit können die Fachgruppen Arbeitsgruppen bilden. Die Arbeitsgruppen können auch mit anderen Fachgruppen zusammen gebildet werden.

#### § 16 – Haushalt

- (1) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Für das Haushalts- und Finanzwesen sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Es sind die Grundsätze einer geordneten Haushalts- und Rechnungsführung gemäß Landshaushaltsordnung (LHO) einzuhalten.
- (3) Der Haushaltsentwurf des Vorstandes ist dem Finanzausschuss rechtzeitig zur Beratung vorzulegen. Einwendungen des Ausschusses sind bei der Aufstellung des endgültigen Haushaltsplanes zu beachten.
- (4) Der Haushaltsplan ist der Vertreterversammlung rechtzeitig vor Beginn des Geschäftsjahres zur Feststellung vorzulegen.
- (5) Verpflichtungen, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind oder durch die ein vorgesehener Ansatz überschritten wird (außer- und überplanmäßige Ausgaben), dürfen nur bei dringendem Bedürfnis und gegebenenfalls nach vorheriger Abstimmung mit dem Finanzausschuss eingegangen werden.

(6) Ein Nachtrag zum Haushalt ist aufzustellen, wenn die zu leistenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemessen an den Gesamtausgaben erheblich sind oder wenn der Ausgleich der Ein- und Ausgaben in Frage gestellt ist. Für den Nachtrag zum Haushaltsplan gelten die Absätze 4 und 5 entsprechend.

#### § 17 – Rechnungsprüfung

(1) Die Rechnungsprüfung gemäß § 109 Abs. 2 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung erfolgt durch zwei von der Vertreterversammlung gewählte Rechnungsprüfer. Für die Amtszeit der Rechnungsprüfer gilt § 7 Abs. 3 entsprechend.

(2) Die Rechnungsprüfer haben das Recht, das Kassen- und Rechnungswesen jederzeit zu überprüfen. Nach Ablauf des Geschäftsjahres ist die gesamte Kassen- und Buchführung innerhalb von vier Monaten zu prüfen.

(3) Die Prüfung erstreckt sich auf die Einhaltung aller von der Kammer zu beachtenden Vorschriften und Grundsätze für die Haushalts- und Wirtschaftsführung nach der Landeshaushaltsordnung (§ 105 Abs. 2 LHO).

Insbesondere ist zu prüfen, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
2. die Einnahmen und Ausgaben sachlich und rechnerisch richtig belegt und begründet sind,
3. die Haushaltsmittel zweckentsprechend und wirtschaftlich verwandt wurden,
4. der Vermögensnachweis ordnungsgemäß erbracht ist.

#### § 18 – Beiträge, Entschädigungen, Gebühren

(1) Die Kammer erhebt zur Deckung ihres Aufwandes Beiträge von den Mitgliedern.

(2) Die Beiträge können nach der Höhe des Einkommens aus der Tätigkeit als Ingenieur im Bauwesen gestaffelt werden. Der Jahresbeitrag wird durch den genehmigten Haushaltsplan festgelegt. Das Weitere regelt die Beitragsordnung.

(3) Die Mitglieder der Vertreterversammlung, der Ausschüsse und des Vorstandes erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine Entschädigung. Näheres regelt die Entschädigungsordnung.

(4) Die Kammer erhebt für die Inanspruchnahme ihrer Einrichtungen Gebühren. Näheres regelt die Gebührenordnung für die Baukammer Berlin.

#### § 19 – Bekanntmachungen

(1) Die amtlichen Bekanntmachungen der Kammer werden im Amtsblatt für Berlin und im Deutschen Ingenieurblatt, Regionalteil Berlin veröffentlicht. Bei der Berechnung von Fristen ist der Tag der Veröffentlichung im Amtsblatt für Berlin maßgebend.

(2) Die Satzung, die Wahlordnung, die Berufsordnung, die Beitragsordnung sowie Änderungen hierzu sind den Mitgliedern schriftlich mitzuteilen.

#### § 20 – Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

(1) Die Satzung der Baukammer Berlin tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für Berlin in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 29. Januar 1996 (ABl. S. 992), geändert am 1. Oktober 1997 (ABl. 1998 S. 340), außer Kraft.

(2) Regelwerke der Kammer, die auf Grundlage der Satzung vom 29. Januar 1996 beschlossen wurden, gelten bis auf Regelungen, die den Bestimmungen des ABKG vom 6. Juli 2006 nicht entsprechen, bis zu deren Neufassung weiter.

Genehmigt gemäß § 44 Abs. 5 ABKG durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung am 18. Juni 2007.

### Wahlordnung der Baukammer Berlin

Vom 25. Oktober 2006

Telefon: 797443-0

Aufgrund § 44 Abs. 1 Nr. 3 des Berliner Architekten- und Baukammergesetzes (ABKG) vom 6. Juli 2006 (GBVI. S. 720) erlässt die Vertreterversammlung durch Beschlussfassung vom 25. Oktober 2006 folgende Wahlordnung:

#### GLIEDERUNG

- § 1 – Grundsätze
- § 2 – Wahl zur Vertreterversammlung
- § 3 – Wahlvorstand
- § 4 – Wählerverzeichnis
- § 5 – Wahlbekanntmachung
- § 6 – Wahlvorschläge
- § 7 – Wahlunterlagen
- § 8 – Stimmabgabe
- § 9 – Ermittlung des Wahlergebnisses
- § 10 – Bekanntmachung des Wahlergebnisses
- § 11 – Wahl des Vorstandes
- § 12 – Wahlanfechtung
- § 13 – Inkrafttreten

#### § 1 – Grundsätze

(1) Die Wahlordnung regelt die Wahl zur Vertreterversammlung und die Wahl zum Vorstand.

(2) Gewählt wird in allgemeiner, geheimer und direkter Wahl ohne Bindung des Wählers an Fachgruppen. Das Wahlrecht ist persönlich auszuüben.

#### § 2 – Wahl zur Vertreterversammlung

(1) Die Wahl zur Vertreterversammlung wird als Briefwahl durchgeführt. Die Wahlzeit beträgt vier Wochen.

(2) Stimmberechtigt ist jedes Kammermitglied, das in das Wählerverzeichnis eingetragen ist. Wählbar ist, wer zu Beginn der Wahl mindestens ein Jahr Mitglied der Kammer ist.

(3) Die Mitglieder wählen 41 Vertreter, davon müssen mindestens 21 Vertreter Beratende Ingenieure sein. Jede Fachgruppe soll durch mindestens 2 Mitglieder vertreten sein.

(4) Die Wahl erfolgt in den Mitgliedergruppen nach § 3 Abs. 1 sowie nach § 3 Abs. 2 und 3 der Satzung in getrennten Listen. Die Mitglieder der Kammer können nur jeweils Kandidaten der Listen ihrer eigenen Mitgliedergruppe wählen.

(5) Die Anzahl der Sitze für jede Wahlgruppe ist nach ihrem Anteil an der Gesamtmitgliederzahl am Tage der Wahlbekanntmachung zu ermitteln. Bei der Ermittlung ist zunächst auf ganze Zahlen zu runden. Ergeben sich durch die Rundung mehr als 41 Sitze, so ist der überzählige Sitz von der Zahl der größten Wahlgruppe abzuziehen.

#### § 3 – Wahlvorstand

(1) Der Wahlvorstand ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Vertreterversammlung und zum Vorstand verantwortlich. Er wird mindestens drei Monate vor dem Beginn der Wahlen durch die Vertreterversammlung gewählt.

(2) Der Wahlvorstand besteht aus mindestens sieben Mitgliedern. Sie müssen Mitglieder der Kammer sein und dürfen das passive Wahlrecht nicht wahrnehmen. Im Wahlvorstand soll jede Fachgruppe vertreten sein.

(3) Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Der Wahlvorstand ist beschlussfähig, wenn der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und mindestens drei weitere Mitglieder anwesend sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des amtierenden Vorsitzenden.

#### § 4 – Wählerverzeichnis

(1) Der Wahlvorstand erstellt ein Wählerverzeichnis zur Wahl der Vertreterversammlung, das in alphabetischer Reihenfolge alle Wahlberechtigten enthält. Das Wählerverzeichnis enthält folgende Angaben:

1. Name, Vorname
2. Anschrift
3. Fachgruppen
4. Liste nach § 34 ABKG, in die das Mitglied eingetragen ist
5. Mitgliedsnummer

(2) Das Wählerverzeichnis ist spätestens acht Wochen vor dem Beginn der Wahl der Vertreterversammlung für vier Wochen in der Geschäftsstelle der Kammer zur Einsicht auszulegen. Bis zum Ende der Auslegungsfrist können Kammermitglieder im Wählerverzeichnis nachgetragen werden. Im Falle von Unrichtigkeiten kann der Wahlvorstand bis 2 Wochen vor Beginn der Wahl von Amts wegen das Wählerverzeichnis berichtigen.

(3) Einsprüche gegen eine Eintragung im Wählerverzeichnis können bis zum letzten Tag der Auslegungsfrist beim Wahlvorstand schriftlich erhoben werden. Der Wahlvorstand hat unverzüglich über den Einspruch zu entscheiden und die Entscheidung dem von der Veränderung betroffenen Mitglied zuzustellen. Der Einspruchsführende ist zu unterrichten. Wird die Streichung eines Kammermitgliedes im Wählerverzeichnis beantragt, so ist das betroffene Kammermitglied vor der Entscheidung anzuhören.

(4) Das Wählerverzeichnis ist zwei Wochen vor Beginn der Wahl abzuschließen. Der Abschluss ist vom Wahlvorstand auf dem Wählerverzeichnis zu bescheinigen.

#### § 5 – Wahlbekanntmachung

(1) Der Wahlvorstand erlässt mindestens zehn Wochen vor der Wahl zur Vertreterversammlung eine Wahlbekanntmachung, die im Deutschen Ingenieurblatt, Regionalteil Berlin und im Amtsblatt für Berlin zu veröffentlichen ist.

(2) Die Wahlbekanntmachung muss folgende Angaben enthalten:

1. Die Wahlzeit
2. Ort und Dauer der Auslegung des Wählerverzeichnisses
3. Hinweis auf die dort ausliegende Wahlordnung
4. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen innerhalb von sechs Wochen beim Wahlvorstand
5. Ort und Dauer der Auslegung der Wahlvorschläge
6. Zeitraum der Versendung der Briefwahlunterlagen
7. Termin und Ort der Feststellung des Wahlergebnisses

#### § 6 – Wahlvorschläge

(1) Wahlvorschläge zur Vertreterversammlung sind dem Wahlvorstand innerhalb von sechs Wochen nach Veröffentlichung der Wahlbekanntmachung schriftlich einzureichen. Verspätet eingegangene Wahlvorschläge werden nicht berücksichtigt.

(2) Die Wahlvorschläge sind getrennt nach den Wahlgruppen gemäß § 2 Abs. 4 einzureichen. Wahlvorschläge können einen oder mehrere Bewerber umfassen und müssen die Namen, Anschriften und Fachgruppenzugehörigkeit enthalten. Gehört ein Bewerber mehreren Fachgruppen an, so hat er für die Wahl die

Fachgruppe anzugeben, die seiner überwiegenden Tätigkeit entspricht.

(3) Von jedem Bewerber ist eine schriftliche Erklärung beizufügen, dass er mit der Aufstellung im Wahlvorschlag einverstanden ist und im Falle der Wahl diese annehmen wird.

(4) Vorschlagsberechtigt sind die Fachgruppen der Kammer und die berufsständigen Ingenieurverbände. Wahlvorschläge von Einzelbewerbern müssen von mindestens zehn Wahlberechtigten unter Angabe ihres Namens und ihrer Mitgliedsnummer unterschrieben sein.

(5) Der Wahlvorstand prüft die eingereichten Wahlvorschläge und veranlasst die Beseitigung etwaiger Mängel. Beschlüsse über die Nichtzulassung von Wahlvorschlägen oder einzelner Bewerber sind dem Vorschlagenden unter Angabe der Gründe unverzüglich zuzustellen.

(6) Der Wahlvorstand stellt alle den Anforderungen der Wahlordnung genügenden Wahlvorschläge zusammen und fertigt die Stimmzettel an. Diese enthalten die Namen der Bewerber, ihre Fachgruppenzugehörigkeit und – soweit zutreffend – die Berufsbezeichnung Beratender Ingenieur.

(7) Die Zusammenstellung der Wahlvorschläge ist spätestens sechs Wochen vor Wahlbeginn für zwei Wochen in der Geschäftsstelle der Kammer zur Einsicht auszulegen. Für Einsprüche gegen Wahlvorschläge ist § 4 Abs. 3 anzuwenden.

#### § 7 – Wahlunterlagen

(1) Innerhalb von zwei Wochen nach Abschluss des Wählerverzeichnisses sind die Briefwahlunterlagen den Wahlberechtigten zuzusenden.

(2) Die Briefwahlunterlagen bestehen aus

- a) einer Anweisung für die Stimmabgabe, in der auch die Wahlzeit angegeben ist,
- b) dem Stimmzettel,
- c) dem mit Siegelabdruck der Kammer versehenen farbigen Wahlumschlag,
- d) dem für den einzelnen Wahlberechtigten ausgestellten Wahlschein mit einer vorgedruckten, vom Wähler zu unterschreibenden Erklärung, dass er die Person ist, auf die der Wahlschein ausgestellt ist, dass ihm keine sein Stimmrecht ausschließende Gründe bekannt sind und dass er persönlich abgestimmt hat,
- e) dem an den Wahlvorstand gerichteten, als Wahlbrief gekennzeichneten Briefumschlag mit Postfreimachungsvermerk und Angabe der Mitgliedsnummer.

#### § 8 – Stimmabgabe

(1) Gewählt wird mit den vom Wahlvorstand ausgegebenen Stimmzetteln. Die Wahl erfolgt durch Ankreuzen des Wahlvorschlags an der auf dem Stimmzettel vorgesehenen Stelle. Es können höchstens so viele Wahlvorschläge angekreuzt werden, wie der Wahlgruppe Sitze nach § 2 Abs. 5 zustehen. Weitere Kennzeichen darf der Stimmzettel nicht enthalten.

(2) Der Stimmzettel ist in den Wahlumschlag zu legen. Der Wahlumschlag darf keine zusätzlichen Kennzeichen tragen.

(3) Der Wahlschein ist vom Wähler zu unterschreiben.

(4) Wahlschein und Wahlumschlag sind zusammen im verschlossenen Wahlbrief dem Wahlvorstand fristgemäß zuzusenden.

#### § 9 – Ermittlung des Wahlergebnisses

(1) Jeder eingegangene Wahlbrief ist mit einem Eingangsstempel zu versehen. Die Wahlbriefe sind bis zum Ablauf der Wahlzeit ungeöffnet zu sammeln und unter Verschluss zu halten.

(2) Unverzüglich nach Abschluss der Wahlzeit prüft der Wahlvorstand die Wahlbriefe. Ein Wahlbrief ist zurückzuweisen und macht die Stimmabgabe ungültig, wenn

- er nicht bis zum Ende der festgesetzten Wahlzeit eingegangen ist oder
- das in § 8 vorgesehene Verfahren erkennbar nicht eingehalten wurde.

Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind mit ihrem Inhalt auszusondern, zu versiegeln und als Anlage der Wahlniederschrift beizufügen.

(3) Die gültigen Stimmabgaben sind im Wählerverzeichnis zu vermerken und die gültigen Wahlumschläge sind ungeöffnet und gesichert aufzubewahren.

(4) Spätestens eine Woche nach Ablauf der Wahlzeit wird das Wahlergebnis in einer für alle Wahlberechtigten öffentlichen Sitzung des Wahlvorstandes ermittelt. Die Wahlumschläge werden geöffnet und die Stimmzettel werden auf ihre Gültigkeit geprüft. Ungültig sind Stimmzettel, die

- nicht vom Wahlvorstand ausgegeben worden sind oder
- außer der zulässigen Ankreuzung zusätzliche Kennzeichnungen enthalten oder
- den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen.

Die ungültigen Stimmzettel sind auszusondern, zu versiegeln und als Anlage der Wahlniederschrift beizufügen.

(5) Anhand der gültigen Stimmzettel werden für jeden Wahlvorschlag die auf ihn entfallenden Stimmen ermittelt. Gewählt sind zunächst die Mitglieder jeder Fachgruppe, die jeweils innerhalb ihrer Wahlgruppe die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigen können. Gewählt sind weiter die Wahlvorschläge entsprechend ihrem Stimmenanteil bis die Zahl der zustehenden Sitze nach § 2 Abs. 5 erreicht ist. Für alle nicht gewählten Wahlvorschläge sind für jede Wahlgruppe Nachrückerlisten, in der Rangfolge der jeweiligen erreichten Stimmen aufzustellen. In allen Fällen der Stimmgleichheit wird mit dem Los über die Reihenfolge der Wahlergebnisse entschieden.

(6) Über die Feststellungen des Wahlergebnisses ist vom Wahlvorstand eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift muss enthalten:

- Ort und Zeit der Sitzung
- die Namen der anwesenden Mitglieder des Wahlvorstandes
- die Anzahl der Wahlberechtigten
- die Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmzettel
- die Anzahl der ungültigen Stimmabgaben
- Ergebnis der Auszählung

Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes und einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen.

(7) Die Wahlunterlagen nach § 7 Abs. 2 Buchstabe b und d sind nach Beendigung der Wahl zu versiegeln und bis zum Ende der nächsten Wahl der Vertreterversammlung bei der Geschäftsstelle der Kammer aufzubewahren.

#### § 10 – Bekanntmachung des Wahlergebnisses

(1) Die Niederschrift über die Feststellung des Wahlergebnisses zur Vertreterversammlung ist den gewählten Vertretern und der Aufsichtsbehörde zuzusenden.

(2) Das Wahlergebnis ist im Amtsblatt für Berlin und im Deutschen Ingenieurblatt, Regionalteil Berlin zu veröffentlichen.

#### § 11 – Wahl des Vorstandes

(1) Die Vertreterversammlung tritt innerhalb von sechs Wochen nach Feststellung des Wahlergebnisses zur Wahl des Vorstandes zusammen. Die Einladung zu dieser Vertreterversammlung erfolgt mindestens zwei Wochen vor dem Wahltermin durch den Wahlvorstand. In dieser Einladung sollten die Kandidaten für den Vorstand benannt werden.

(2) Wahlberechtigt für die Wahl des Vorstandes sind die Mitglieder der Vertreterversammlung. Wählbar ist, wer am Wahltag mindestens ein Jahr Mitglied der Kammer ist. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Briefwahl und die Übertragung von Stimmen sind unzulässig.

(3) Zunächst wird die Anzahl der zu wählenden Vorstandsmitglieder gemäß § 9 Abs. 1 der Satzung durch geheime Abstimmung ermittelt. Dann werden die Mitglieder des Vorstandes in getrennten Wahlgängen einzeln gewählt.

(4) Die Vorstandsmitglieder werden in folgender Reihenfolge gewählt: Präsident, Vizepräsidenten und weitere Vorstandsmitglieder.

(5) Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erhält. Erhält ein Kandidat nicht die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen, genügt in einem zweiten Wahlgang die einfache Mehrheit.

(6) Der Wahlvorstand stellt das Ergebnis der Wahl zum Vorstand fest und fertigt hierüber eine Niederschrift an. Diese Niederschrift ist der Aufsichtsbehörde zu übergeben. Das Wahlergebnis ist im Amtsblatt für Berlin und im Deutschen Ingenieurblatt, Regionalteil Berlin zu veröffentlichen.

#### § 12 – Wahlanfechtung

(1) Wahlberechtigte können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung der Wahlergebnisse die Wahlen beim Wahlvorstand anfechten. Die Anfechtung bedarf der Schriftform und ist zu begründen. Die Anfechtung hat keine aufschiebende Wirkung.

(2) Der Wahlvorstand hat unverzüglich über die Anfechtung zu entscheiden. Ein Einspruch, der nicht den Anforderungen nach Absatz 1 genügt, ist ohne weitere Erörterung als unzulässig zurückzuweisen. Im Übrigen entscheidet der Wahlvorstand mit einfacher Mehrheit, ob der Einspruch berechtigt ist. Die Entscheidung ist dem Einspruchführenden zuzustellen.

(3) Ist die Wahlanfechtung zulässig und begründet, kann der Wahlvorstand die Berichtigung der Wahlfeststellung oder die Wiederholung der Wahl veranlassen. Erkennt der Wahlvorstand einen Mangel in der Wahlfeststellung, so hat er diese zu berichtigen. Ist eine Berichtigung der Wahlfeststellung nicht möglich oder liegt ein Verstoß gegen die Wahlordnung vor, der eine Änderung der Zusammensetzung des gewählten Organs der Kammer bewirken könnte, hat der Wahlvorstand die Wiederholung der Wahl zu veranlassen.

(4) In den Fällen des Absatzes 3 ist die Entscheidung des Wahlvorstandes dem Einspruchführenden und der Aufsichtsbehörde zuzustellen und im Amtsblatt für Berlin zu veröffentlichen.

#### § 13 – Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für Berlin in Kraft. Gleichzeitig tritt die Wahlordnung vom 27. Oktober 1999 (ABl. S. 5147) außer Kraft.

Genehmigt am 18. Juni 2007 gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit Absatz 5 ABKG durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.